

Sarrazin und die Folgen - Kritik am deutschen Zuwanderungssystem Von Bettina Grachtrup, dpa

Ausländer und Muslime gehören zu den Feindbildern, die so mancher konservative Politiker gerne pflegt. Doch Experten schlagen nun Alarm: Deutschland braucht dringend Zuwanderer - auch aus Afrika.

Berlin (dpa) - Vor einem Jahr hatten die Wissenschaftler noch eine relativ gute Nachricht zu verkünden: Die Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln in Deutschland verläuft besser als oftmals befürchtet, frohlockten die Forscher des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration auf der Basis einer ersten, repräsentativen Umfrage unter rund 5600 Bürgern. Und die Experten schöpften Hoffnung, dass die Debatte über Ausländer und Integration künftig einigermaßen vernünftig verlaufen würde.

"Das war bevor der trompetende Elefant (Thilo) Sarrazin im Sommer und im Herbst 2010 seine Spuren durch den Porzellanladen der Einwanderungsgesellschaft zog", stellte der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Klaus Bade, am Mittwoch in Berlin bitter fest. Sarrazin stellte gewagte Thesen zum Thema Ausländer und Integration auf - es entflamte eine heftige und hitzige Debatte. Sie blieb nicht ohne Folgen: Der Aussage, Einwanderer und Einheimische lebten ungestört miteinander, stimmten im Herbst 2009 noch 22 Prozent der befragten Einwanderer zu. "Im November und Dezember 2010 bestätigten diese positive Einstellung nur noch 9 Prozent", sagte Bade. Ein ähnlicher Trend zeigte sich unter den befragten Menschen, die keine Zuwanderer sind.

Für Bade schoss Sarrazin damit für Deutschland ein "doppeltes Eigentor". "Die Debatte hat im Inneren die Einwanderungsgesellschaft gespalten, und sie hat zum anderen nach Außen das Integrationsklima in Deutschland blamiert", sagte der Migrationsexperte. Er gibt damit indirekt Sarrazin eine Mitschuld dafür, dass Deutschland für ausländische Hochqualifizierte wenig attraktiv ist. Doch Deutschland muss sich nach Einschätzung der Experten auch dringend stärker qualifizierten Zuwanderern öffnen. Bade befürwortet ein Punktesystem, in das Qualifikationen von Bewerbern einfließen. Dazu konnte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung allerdings bislang nicht durchringen.

Warum eigentlich nicht? Die Experten vermuten, dass Politiker meinen, auf die vermeintlichen Sorgen und Ängste der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen. Schreckensbilder von der Zuwanderung als Bedrohung für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat würden häufig aus partei- und wahltaktischen Gründen gezeichnet. Doch die Bürger sind nach den Erkenntnissen des Sachverständigenrates sehr viel pragmatischer, gelassener und realitätsbewusster: 60 Prozent sind laut Umfrage dafür, vermehrt Hochqualifizierte ins Land zu holen.

Muslimen und die gegenwärtigen Flüchtlingsströme aus Nordafrika gehören zu den Feindbildern, die zumeist konservative Politiker gerne bedienen. Doch gerade auch in den nordafrikanischen Ländern sieht Bade eine Möglichkeit, langfristig Zuwanderer zu rekrutieren. Die bisherigen Herkunftsländer von Zuwanderern für Deutschland - etwa in Osteuropa - bekommen den Fachkräftemangel selbst in einigen Jahren zu spüren. Deutschland müsse daher Neuland betreten - Bade nennt als Beispiele Tunesien, Marokko und Ägypten: "Das aber steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zur europäischen Flüchtlings-Abwehrpolitik."

Mangelnde Zuwanderung ist das eine Problem, starke Abwanderung der eigenen Fachleute das andere. "Der Braindrain läuft", mahnte Bade. Wenn dies so weitergehe, müsse sich Deutschland später vielleicht dieses vorwerfen lassen: nicht nur die Förderung der Integration von Ausländern, sondern auch der Zuwanderung verschlafen zu haben.